
HANDREICHUNG ZUR ZUKUNFTSGESTALTUNG EIN INSTRUMENTARIUM FÜR DIE REAKTION AUF FRIDAYS FOR FUTURE

Für Regierungen

Der vorliegende praktische Leitfaden richtet sich an politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf jeder Ebene und in jeder Form von Regierung. Er soll helfen, Governance-Prozesse so umzugestalten, dass sie mit einer bedeutungsvollen, wirksamen Reaktion auf die Bewegung Fridays for Future eingehen.

Entwickelt von: Elizabeth Dirth

Mit Unterstützung durch:

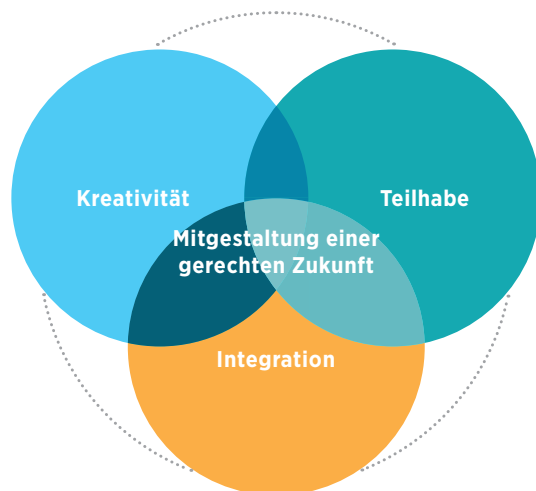


VORWORT

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung liegt der allererste Tag des Schulstreiks für das Klima nur ein gutes Jahr zurück. Die Bewegung Fridays for Future, die aus diesem Streik hervorging, hat inzwischen mehr als tausend Städte in aller Welt erfasst. Immer mehr junge Menschen strömen zu den wöchentlichen Demonstrationen. Jetzt, da die Bewegung in ihr zweites Jahr geht, stellen sich Regierungen auf allen Ebenen überall auf der Welt eine wichtige Frage: Wie soll man reagieren?

Lange haben wir eine kognitive Distanz zwischen uns und der Realität des Klimawandels aufrechterhalten, den wir als in der Zukunft liegendes Problem ansahen. Doch die neue Jugendbewegung bringt den Klimawandel in die Gegenwart. Sie stellt Fragen, die auf den Kern unserer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systeme zielen. Bei der Reaktion auf diese Bewegung geht es nicht nur um den Klimawandel. Es geht auch darum, angemessen auf junge Menschen zuzugehen und sich mit der Zukunft zu befassen. Nicht nur die Politik muss sich ändern, sondern auch Prozesse, Institutionen und Governance-Kultur.

Wir haben jetzt die einmalige Gelegenheit, einen neuen Umgang mit dem Klimawandel zu finden. Allerdings besteht die Gefahr, dass die Reaktionen auf Fridays for Future unzureichend, oberflächlich, herablassend und scheinheilig ausfallen. Bisher haben wir es versäumt, einen Zusammenhang zwischen den Forderungen der Klimawissenschaft, dem Aufkommen neuer Strategien, Politikinstrumente und Initiativen sowie den Methoden und Prozessen einer integrativen, gerechten Zukunftsgestaltung herzustellen. Das muss sich endlich ändern. Wir brauchen für junge Menschen nicht nur Pressemitteilungen und Podiumsdiskussionen, sondern wir müssen ihnen eine sinnstiftende Teilhabe und Einbindung ermöglichen – und dabei Ungerechtigkeiten offen ansprechen.



Um auf die Forderungen der jungen Menschen zu reagieren, müssen wir uns umfassender mit der Zukunft – mit ihrer Zukunft – befassen, und zwar auf eine für uns bislang ungewohnte Art und Weise. Was bedeutet es, das Wohlergehen der zukünftigen Generationen in unseren Umgang mit dem Klimawandel einzubeziehen? Welche Rolle spielen die jungen Menschen in diesem Prozess? Welches Verhältnis haben wir zu ihnen?

Die vorliegende Handreichung nennt drei Aspekte – Teilhabe, Integration und Kreativität – als Grundlage für die folgenden Ausführungen. Diese Aspekte sind für eine gerechte Zukunftsgestaltung unverzichtbar und werden in einem begleitenden Policy Brief genauer erläutert.¹

Die Handreichung soll Regierungen und Verwaltungen auf allen Ebenen dabei helfen, eine angemessenere Reaktion auf die offenen Fragen, die Bewegung Fridays for Future und die Klimakrise im Allgemeinen zu formulieren. Im Grunde geht es darum, Governance-Prozesse umzugestalten. Die Handreichung schreibt keine spezifischen Strategien oder Gesetze vor, sondern soll Lösungen unterstützen, die das Problem an der Wurzel packen. Die Nutzung dieser Handreichung und die vollständige Umsetzung des Prozesses stellen keine bequeme Lösung dar – aber für die Klimakrise gibt es auch keine bequeme Lösung.

Speziell für Nicht-Regierungskontexte steht eine weitere Version der vorliegenden Handreichung bereit, die sich beispielsweise an NGOs, Schulen, Universitäten und Unternehmen richtet.

WIE IST DIE HANDREICHUNG ZU VERWENDEN?

Mithilfe der vorliegenden Handreichung können Sie verschiedene mögliche Reaktionen prüfen und so die für Ihre Situation am besten geeignete und passende Option finden. Die nächsten Seiten führen Sie durch folgende Schritte:

- 1** Prüfung der Tabelle mit möglichen Reaktionen
- 2** SWOT-Analyse (Stärken, Schwächen, Chancen, Risiken) der Eignung bestimmter Optionen für Ihren Kontext
- 3** Festlegung der Vorgehensweise und Planung der nächsten Schritte

Auf diese Weise grenzen Sie Ihre Möglichkeiten auf eine Option (Prozess oder Methode) ein, die Ihnen zu einer besseren Reaktion auf die Klimakrise verhilft, indem Sie die Anliegen der jungen Menschen und zukünftigen Generationen mit einbeziehen.

Die Handreichung wird durch einen Policy Brief begleitet, in dem die vorliegend beschriebenen Prozesse und Informationen genauer ausgeführt werden. Wenn Sie individuelle Unterstützung benötigen, wenden Sie sich bitte an die Autorin. Weitere Ressourcen zu den verwendeten Tabellen finden Sie unter:

<https://www.iass-potsdam.de/de/ergebnisse/publikationen>







¹ Dieser Policy Brief steht unter folgendem Link bereit: <https://www.iass-potsdam.de/de/ergebnisse/publikationen>







PROZESSE FÜR GERECHTE ZUKUNFTSGESTALTUNG

Sechs Methoden für eine bessere Reaktion auf die Forderung nach Gerechtigkeit für zukünftige Generationen im Kontext der Klimakrise Auf den nächsten vier Seiten finden Sie Informationen den einzelnen Methoden. Bitte folgen Sie den Angaben in den Spalten und den Symbolen.



Mechanismus	Instrumente zur Integration und Abschätzung der Folgen für die Zukunft	Partizipative Prozesse für die Zukunftsgestaltung	Spezialisierte, divers zusammengesetzter Beirat innerhalb der Regierung	Beratschlagende Bürgerbeteiligung	Einbeziehung von Anliegen zukünftiger Generationen in bestehende institutionelle Aufträge und Prozesse	Reform der Messgrößen und Kennzahlen für Fortschritt
Kurze Beschreibung	Instrumente zur Abschätzung und Integration können für den Gesetzgebungsprozess, die politische Entscheidungsfindung oder die Haushaltsplanung entwickelt und verwendet werden. Sie können zur gründlichen Prüfung aus der Perspektive zukünftiger Generationen beitragen oder mit Veto-Rechten ausgestattet werden, wenn die Genehmigung durch einen der zuvor genannten Prozesse erforderlich ist. Die Prüfung sollte ein partizipatorisches Element in Form einer Beurteilung durch Bürgerinnen und Bürger umfassen.	Als Bestandteil jedes neuen Regierungsprogramms führt die Regierung landesweit einen partizipatorischen zukunftsorientierten Gestaltungsprozess durch, bei dem die demografische Verteilung und die Diversität der Gesellschaft durch die Bürgerinnen und Bürger repräsentiert und diese für ihren Aufwand entschädigt werden. Es müssen eindeutige Verbindungen zwischen dem Programm und der Zukunftsvision erarbeitet und fest eingerichtet werden.	Dieser Beirat berät die Regierung, gibt Empfehlungen aus und bietet eine zusätzliche Prüfung politischer Entscheidungen und der Gesetzgebung. Der Beirat umfasst Repräsentanten/Repräsentantinnen wichtiger Stakeholder, etwa junge Menschen, zukünftige Generationen (möglicherweise in Form eines leeren Stuhls) und vielfältige demografische Gruppen, sowie überparteilich gewählte Vertreter/innen. Es ist fest vorgegeben, wie und wann die Ergebnisse des Beirats von Regierung, Parlament und Ausschüssen zu berücksichtigen sind.	Prozesse zur Beteiligung beratender Bürgerinnen und Bürger (in der Größenordnung von themenorientierten Mini-Ausschüssen bzw. „Mini-Publics“ bis hin zu landesweiten Bürgerversammlungen) erleichtern Konsensbildung und längerfristiges Denken. Die Beratungen der Bürgerinnen und Bürger sollten verbindliche Vorschläge hervorbringen. Sie sollten die demografische Verteilung widerspiegeln und junge Menschen, zukünftige Generationen (möglicherweise in Form eines leeren Stuhls) und vielfältige demografische Gruppen einschließen.	In jedem Ministerium und jedem ministeriellen Aufgabenbereich sind die allgemeinen langfristigen Aspekte der Agenda zu prüfen. Dies erfolgt durch eine dafür benannte zuständige Stelle und ein Koordinationsorgan. Auch externe Bewertungen von Fachleuten und jungen Menschen könnten in den Prozess einbezogen werden.	Messgrößen und Kennzahlen bestimmen, wie wir Erfolg definieren, und prägen unsere Arbeitsweise. Kennzahlen können so angepasst werden, dass sie langfristige Fortschritte und Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung widerspiegeln. Kurzfristige Messgrößen sollten gestrichen werden. Als Teil eines Prozesses zur Zukunftsgestaltung sollten für Zukunftsvisionen langfristige Kennzahlen entwickelt werden.
Theory of change	Dieser Mechanismus schafft Grenzen und Anreize für politische Prozesse und führt neue Möglichkeiten für Koordination und Kooperation ein.	Dieser Mechanismus fördert den Einflussspielraum von Regierung und Bürgern/Bürgerinnen und stellt die Zukunft in den Mittelpunkt. Außerdem bietet er neue Möglichkeiten, die Verantwortung der Politik gegenüber der Bevölkerung zu stärken.	Dieser Mechanismus verändert die Perspektive der politischen Entscheidungsträger/innen und sensibilisiert für die Zukunft.	Dieser Mechanismus kann die Motive der politischen Entscheidungsträger/innen verändern und Alternativen zu kurzfristigem Erfolgsdruck bereitstellen.	Mithilfe besserer Kapazitäten und Schwerpunktsetzung der politischen Entscheidungsträger/innen und mithilfe neuer Koordinierungsmöglichkeiten kann dieser Mechanismus die zukünftigen Folgen von Entscheidungen in den Mittelpunkt rücken.	Dieser Mechanismus verändert durch die Neusetzung von Zielen die Motive der politischen Entscheidungsträger/innen.

						
Mechanismus	Instrumente zur Integration und Abschätzung der Folgen für die Zukunft	Partizipative Prozesse für die Zukunftsgestaltung	Spezialisierter, divers zusammengesetzter Beirat innerhalb der Regierung	Beratschlagende Bürgerbeteiligung	Einbeziehung von Anliegen zukünftiger Generationen in bestehende institutionelle Aufträge und Prozesse	Reform der Messgrößen und Kennzahlen für Fortschritt
Benötigte Ressourcen	Zusätzliche Kapazitäten für die Erarbeitung oder kontextuelle Anpassung der Handreichung. Interne Kapazitäten für die regelmäßige Nutzung der Handreichung in jedem politischen Entscheidungsprozess. Kooperation und Beziehungen in Netzwerken von Akteuren im Zusammenhang mit dem gesetzgeberischen Prozess; öffentliche Konsultationsprozesse.	Zusätzliche Kapazitäten zur Förderung der gemeinsam entworfenen Zukunftsvision. Interne Kapazitäten für die Programmintegration und Prüfung. Kapazitäten für Partnerschaften oder Beziehungen zu internen und externen Akteuren, die Prozesse der Bürgerbeteiligung fördern.	Partizipative Kapazitäten für verschiedene Gruppen und Stakeholder. (Zusätzliche) personelle und finanzielle Kapazitäten für funktionale Unterstützung. Kenntnis der vielfältigen, möglicherweise am Prozess beteiligten Stakeholder sowie Aufbau von Beziehungen.	Zusätzliche Kapazitäten für den Beratungsprozess der Bürger/innen. Ressourcen zur Aufwandsentschädigung der Bürgerinnen und Bürger. Kapazitäten für Partnerschaften oder Beziehungen zu internen und externen Akteuren, die Prozesse der Bürgerbeteiligung fördern.	Interne Kapazitäten für zuständige Stellen und Koordination.	Zusätzliche Kapazitäten für Entwicklungsprozesse.
Zeitraumen	Sechs Monate Vorlaufzeit für die Entwicklung. Aufwand während jedes Prüfungsprozesses. Sollte laufend Teil des Prozesses sein.	Acht Monate für den partizipatorischen Prozess zur Visionsentwicklung. Die zeitliche Planung muss an das Programm für die Entwicklungsplanung der Regierung angepasst werden. Abhängig von jedem neuen Regierungsprogramm.	Dauerhaftes Bestehen über Wahlzyklen hinaus.	Beratschlagungsprozesse sollten entweder ein Thema betreffen und dann eine kürzere Dauer von drei Monaten haben oder von einem dauerhaften Organ mit formalisierter Beziehung zum Parlament durchgeführt werden.	Dieser Mechanismus besteht dauerhaft. Er erfordert regelmäßigen Zeitaufwand der zuständigen Stellen und des Koordinationsorgans.	Partizipatorische Prozesse und Zukunftsvisionen für den Entwurf neuer Messgrößen sollten sechs Monate dauern; für die Integration und die Neusetzung von Zielen sind weitere zwölf Monate zu veranschlagen.
Zu erwartende Ergebnisse	Besseres Verständnis des Maßstabs und Ausmaßes von Entscheidungen mit Folgen für die Zukunft. Ausweitung des im Prozess der politischen Entscheidungsfindung und Prüfung berücksichtigten Zeitrahmens. Veränderung der Definition von Erfolg.	Partizipatorische und Beratungsprozesse tragen zu Bürgerbeteiligung bei. Das Regierungsprogramm ist zukunftsorientiert, schafft einen zielgerichteten Zukunftsbezug und spiegelt die von den Menschen gewünschte Zukunft wider.	Prozess für Prüfung und Empfehlung bringt gezielt zukunftsgerichtete Perspektiven in die politische Entscheidungsfindung und Beratung ein.	Der im Beratungsprozess erzielte Konsens bietet Ideen für stärker zukunftsgerichtete Initiativen, Vorschriften oder Ansätze, die von der Regierung verabschiedet werden.	Zukünftige Auswirkungen werden in die Prozesse einbezogen. Die Koordination erleichtert in der gesamten Regierungstätigkeit eine stärkere strategische Kohärenz und einen ganzheitlicheren Ansatz.	Veränderung der Konzepte und Ausdrucksweisen politischer Entscheidungsträger/innen und gewählter Vertreter/innen bezüglich gesellschaftlicher Werte und Ziele.
Erfolgsmessung	Ergebnisse des Prüfungsprozesses, Nutzungsumfang, Fallstudien.	Regierungsprogramm abgestimmt und bewertet mit Blick auf den Beitrag zur Zukunftsvision.	Umgesetzte Empfehlungen.	Die Prozesse werden abgeschlossen und die Empfehlungen umgesetzt. Besseres Verhältnis zur Zukunft durch die Empfehlungen.	Prozess wird Gewohnheit und fester Bestandteil der tagtäglichen Abläufe. In den Ergebnissen jedes Ministeriums ist eine Langzeitbetrachtung erkennbar.	Neue Kennzahlen für Zukunftsziele werden eingehalten. Die öffentlichen Konzepte für Ziele und Werte ändern sich.

						
Mechanismus	Instrumente zur Integration und Abschätzung der Folgen für die Zukunft	Partizipative Prozesse für die Zukunftsgestaltung	Spezialisierter, divers zusammengesetzter Beirat innerhalb der Regierung	Beratschlagende Bürgerbeteiligung	Einbeziehung von Anliegen zukünftiger Generationen in bestehende institutionelle Aufträge und Prozesse	Reform der Messgrößen und Kennzahlen für Fortschritt
Einschränkungen und Risiken	Erfordert Überzeugung der an politischen Prozessen Beteiligten.	Ergebnis des Prozesses muss anerkannt werden, sonst zu wenig Autorität oder Einfluss.	Wenig Autorität oder Einfluss in offizieller, formaler Hinsicht.	Angemessenes Diversitätsniveau bei der Teilnahme an Beratschlagungsprozessen.	Miteinander konkurrierende zeitliche Anforderungen. Prozess als reine Formalie.	Werte und Normen verändern sich nicht so schnell wie Kennzahlen. Engagement der höchsten Ebene erforderlich.
Beitrag zu mehr Gerechtigkeit²	Anerkennung der Folgen für die Zukunft; Potenzial für gerechtere Verteilung der Klimawandelfolgen auf die Generationen.	Partizipatorisch ausgearbeitetes Konzept für ein gutes Leben (Fähigkeit zu einem guten Leben) in der Zukunft.	Einbeziehung und Repräsentation der Zukunft bei der Entscheidungsfindung.	Teilnahme an Zukunftsgestaltung und Entscheidungsfindung.	Einbeziehung zukünftiger Anliegen in sämtlichen Bereichen.	Gleichmäßigere Verteilung und Anerkennung der (positiven und negativen) langjährigen Folgen.
Beispiele für ähnliche Handreichungen	Vom schottischen Parlament entwickeltes und eingesetztes Instrument zur Folgenabschätzung für nachhaltige Entwicklung.	„Play the Future“-Workshops in Utrecht (Niederlande), wo sich die Menschen bei ernsthaften Spielen mit der Zukunft befassen konnten.	Der nationale Rat für nachhaltige Entwicklung Finnlands (Finnish National Commission on Sustainable Development) bringt Vertretungen der Ministerien und der Zivilgesellschaft an einen Tisch.	Bürgerräte und Bürgerdialog trugen zum Integrierten Umweltprogramm 2030 des deutschen Bundesumweltministeriums bei.	Der slowakische Regierungsrat für die Agenda 2030 koordiniert alle Ministerien und zuständigen Stellen.	Die schottische Regierung hat ihren Leistungsbemerkungskatalog (National Performance Framework) an die UN-Nachhaltigkeitsziele angepasst.
Weiterführende Literatur	Niestroy et al. (2019): Europe's approach to implementing the Sustainable Development Goals: good practices and the way forward.	Hajer, M. (2017): Inaugural Lecture: The Power of Imagination Caney, S. (2016).	Niestroy et al. (2019): Europe's approach to implementing the Sustainable Development Goals: good practices and the way forward.	Green Alliance (2019): Power to the People. Gonzalez-Ricoy & Gosseries (2016): Institutions for Future Generations.	OECD (2018): Policy Coherence for Sustainable Development.	Welsh Government (2019): Voluntary National Review.

²Eine Erörterung des in diesen Ausführungen benutzten Gerechtigkeitsbegriffs findet sich unter

<https://dirtheilizabeth.wordpress.com/just-future-making/defining-justice>

FINDEN SIE HERAUS, WAS FÜR SIE FUNKTIONIERT

Zunächst nehmen Sie sich die Zeit, über die drei folgenden Fragen nachzudenken:

ERGEBNIS: Was wollen Sie erreichen?

ZIEL: Welche spezifischen Aspekte Ihrer aktuellen Prozesse müssen Ihres Erachtens anders gestaltet werden? Wie?

HÜRDEN: Welches ist in Ihrem Kontext die höchste Hürde für langfristiges Denken und Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen?

Überlegen Sie nun, welche Optionen aus der Tabelle für Sie am besten funktionieren. Wählen Sie eine der anhand des nachstehenden Schemas, ob sie für Ihren Kontext geeignet ist. Prüfen Sie so viele Optionen wie Beantworten Sie zunächst direkt die nachstehenden Leitfragen. Fahren Sie dann mit weiteren Aspekten fort.

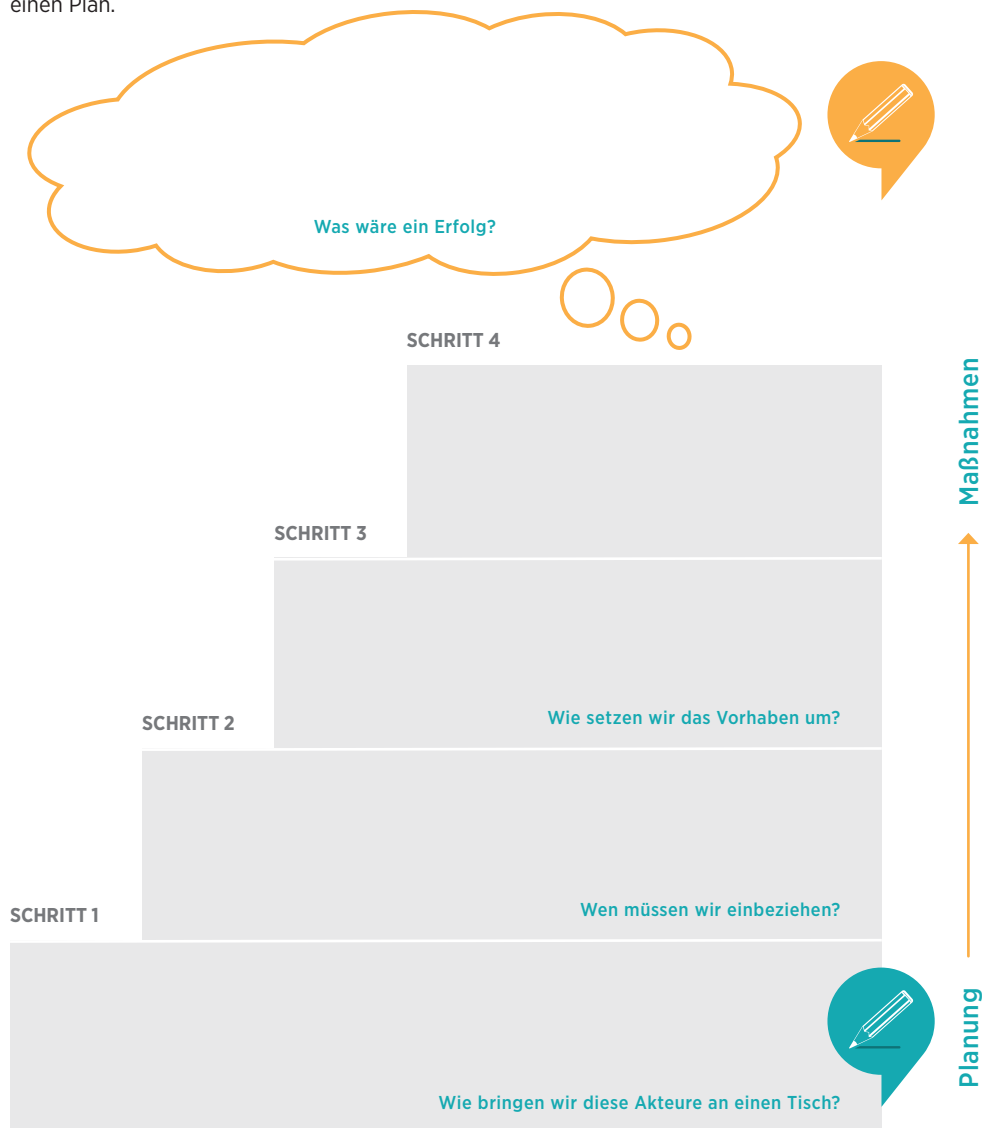
Optionen aus der Tabelle auf den Seiten 6 bis 9 aus, und prüfen Sie nötig. Bestimmen Sie Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken für jede Option.

INTERN	<p>HILFREICH</p> <p>Stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Option funktioniert in meinem Kontext gut, weil sie positiv zusammenwirkt mit ... • Die Option ist geeignet für die Behandlung des bei uns vorliegenden Problems ... • Vorteile ... <p>Zum Beispiel: Option X ergänzt und erweitert das Prüfungsverfahren, das in unserem Gesetzgebungsprozess bereits vorhanden ist.</p>	<p>ABTRÄGLICH</p> <p>Schwächen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Option funktioniert in meinem Kontext nicht, weil sie negativ zusammenwirkt mit ... • Die Option schafft möglicherweise keine Abhilfe für ... • Nachteile ... <p>Zum Beispiel: Option X erfordert Kompetenzen, die wir nicht haben und für die wir Ressourcen oder Entwicklungsmöglichkeiten finden müssten.</p>
	<p>Chancen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Diese Option zieht Nutzen aus ... • Diese Option zieht Nutzen aus ... • Diese Option wird für die gewählten Volksvertreter/-innen sinnvoll sein, weil ... <p>Zum Beispiel: Option X würde uns auch helfen, die Bürgerinnen und Bürger in positiver Weise wieder an Regierung und Politik zu beteiligen..</p>	<p>Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> • Diese Option steht im Widerspruch zu ... • Die aktuelle Situation (...) würde dem Erfolg der Option im Weg stehen. <p>Zum Beispiel: Weil dies in der Vergangenheit schlecht umgesetzt wurde, könnte Option X von Beginn an als Misserfolg oder negativ betrachtet werden.</p>



WIE GEHT ES WEITER?

Erörtern Sie mit Kolleginnen und Kollegen die am besten geeigneten Optionen, die Sie vorstehend bestimmt haben. Wenn möglich, reservieren Sie zwei bis drei Stunden für eine Gruppendiskussion. Beginnen Sie den Prozess mit einer explorativen Diskussion: Wenn wir diese Option erfolgreich in die Praxis umsetzen würden, wie würde sie aussehen? Erstellen Sie anhand der nachstehend genannten Schritte entlang der Fragen einen Plan.



WIE WURDEN DIESE SECHS OPTIONEN ENTWICKELT?

Der Hintergrund der Handreichung sind sieben Jahre Arbeit, in denen wir Ideen zu einem für zukünftige Generationen gerechten Umgang mit dem Klimawandel untersucht und zusammengeführt haben. Fünf Jahre haben wir mit der Gründung und Führung einer auf Klimafragen ausgerichteten Jugendorganisation verbracht, drei Jahre mit der Erforschung des Themas und zwei Jahre mit der Unterstützung von Lokalverwaltungen bei ihren Klimawandelstrategien. Zur Formulierung der sechs Optionen habe ich zunächst mehr als 100 unterschiedliche Fallbeispiele für Prozesse und Methoden aus aller Welt erhoben, mit denen beim Umgang mit dem Klimawandel die Zukunft in die Gegenwart einbezogen wird. Ich befragte die beteiligten Akteure und Fachleute, um herauszufinden, was funktioniert und was nicht. Außerdem veranstaltete ich in diesem Zusammenhang mehrere Workshops mit ganz unterschiedlichen Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Ich beschäftigte mich ausführlich mit der politischen Theorie der Bürgerbeteiligung und der Vertretung zukünftiger Generationen, mit kritischen Diskussionen zur Klimagerechtigkeit und mit neuen, kreativen Ideen zur Zukunftsgestaltung. Und das Wichtigste: Ich habe junge Leute wieder und wieder gefragt, welche Prozesse sie sich wünschen und wie sie sich eine konstruktive Beteiligung vorstellen könnten. Das war der eigentliche Schwerpunkt meiner Arbeit in den letzten fünf Jahren: mit jungen Menschen darüber zu sprechen, wie man in einer Art und Weise, die sie einbezieht und gerecht behandelt, auf den Klimawandel reagieren kann.

WAS VERLEIHT DEN OPTIONEN IHRE BERECHTIGUNG?

Jede der Optionen erfüllt drei wichtige Kriterien. Erstens Gerechtigkeit für zukünftige Generationen. Gerechtigkeit für zukünftige Generationen heißt nicht unbedingt, dass junge Menschen in unseren Systemen stärker vertreten sein müssen. Die Beteiligung junger Menschen ist nur eine von vielen Möglichkeiten, die Zukunft in Governance-Prozesse einzubeziehen. Wichtig ist vor allem, dass alle Optionen die Verantwortung gegenüber der Zukunft, den Blick auf die Zukunft und die Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen stärken. Die Frage, was für wen gerecht ist, ist schwierig und kann auf ganz unterschiedliche Weisen ausgelegt werden. In der Tabelle und in den weiterführenden Literaturhinweisen ist angegeben, wie jede Option den Gerechtigkeitsanspruch umsetzt. Zweitens handelt es sich bei allen Optionen um Innovationen, die auf bestehenden Governance-Systemen, Prozessen oder Methoden aufbauen. Wir haben lange Zeit so getan, als ob der Klimawandel und die Zukunft von allem anderen getrennt wären. Dies brachte uns auf die Idee, wir bräuchten spezielle Institutionen und Stellen, um Bewusstsein für diese Themen zu schaffen und die entsprechende Arbeit zu leisten. Auf diese Weise schufen wir unser eigenes Silo. Wir gruben einen Graben, ohne eine Brücke zu planen. Die vorliegende Handreichung hilft Ihnen nun, diese Brücke zu bauen. Sinnvolle Reaktionen können nie eine Universallösung sein, die von jeder Institution einfach übernommen wird, sondern sie müssen integriert und an den Kontext angepasst werden. Drittens handelt es sich bei allen Optionen um partizipatorische, inklusive Prozesse. Für eine solch komplexe, allumfassende Herausforderung können wir es uns nämlich zum einen nicht erlauben, bestimmte Menschen auszuschließen. Zum anderen profitieren die Governance-Prozesse davon, dass Teilhabe und Inklusion zu einem Ideenaustausch, zur Konsensbildung und zu einer besseren Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger führen. Wenn Sie diesem Verfahren folgen, können Sie den nächsten Schritt gehen und herausfinden, wie sich all dies umsetzen lässt.

ÜBER DIE AUTORIN

Elizabeth Dirth ist derzeit Fellow am IASS, wo sie die vorliegend beschriebene Handreichung entwickelt hat. Außerdem arbeitet sie als unabhängige Beraterin für ihr Unternehmen Just Future-Making. Zuvor war Elizabeth Dirth als Forscherin und Dozentin für das Copernicus Institute for Sustainable Development der Universität Utrecht tätig. Außerdem war sie Gründerin und Redaktionsleiterin der neuen Open-Access-Zeitschrift Earth System Governance und Koordinatorin der Planetary Justice Taskforce des Projekts Earth System Governance. Vor ihrem Eintritt in die Forschung arbeitete Elizabeth Dirth fünf Jahre im Bereich Kapazitätsaufbau für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz mit Ausrichtung auf lokale Regierungen, den öffentlichen Sektor im Allgemeinen sowie kommunale Organisationen in Schottland. Des Weiteren war sie an der Gründung der 2050 Climate Group beteiligt, deren Präsidentin sie war. Gleichzeitig leitete sie die rasche Entwicklung der Organisation zu einer international anerkannten und preisgekrönten NGO in weniger als drei Jahren.

KONTAKT ZUR AUTORIN

Brauchen Sie Hilfe für die Nutzung der Handreichung oder Unterstützung für den Prozess? Sie können sich mit individueller Beratung und Unterstützung begleiten lassen.

Bitte richten Sie diesbezügliche Anfragen direkt an die Autorin:

E-Mail: Elizabeth.Dirth@iass-potsdam.de

Internetseite: dirthelizabeth.wordpress.com

KONTAKT ZUM IASS

Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) e. V.

Berliner Straße 130

14467 Potsdam

Tel: +49 (0) 331-28822-300

Fax: +49 (0) 331-28822-310

E-Mail: media@iass-potsdam.de

www.iass-potsdam.de

ViSdP:

Prof. Dr. Ortwin Renn,

Geschäftsführender wissenschaftlicher Direktor

DOI: 10.2312/iass.2019.056

Erschienen im Dezember 2019



Das Zeichen für
verantwortungsvolle
Holzwirtschaft



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

